Tagungsort „Hotel Schloß Auel“: Honorar für Kinderärzte

tern.“ Kassenappelle zur Sparsamkeit und Politiker-Schelte – Bundessozialminister Norbert Blüm: „Es wird zu viel und zu teuer verordnet“ – müssen in diesem industriellen Werbe-Bombardement untergehen.

Einem Kassenmann fiel nun zwar eine Lösung ein, wie dennoch preisbewußtes Rezeptieren in der Kassenpraxis verwirklicht werden könnte. Der Geschäftsführer des Landesverbands der Ortskrankenkassen in Bayern, Hans Sitzmann, kam auf die Idee, „den pharmazeutischen Sachverstand der Apotheker zur Kostendämpfung einzusetzen“. Doch der „Modellversuch“ einer „Wirkstoffverordnung in einem begrenzten Bereich“ trifft auch schon auf erbitterten Widerstand.

Nach Sitzmanns Plan sollen Kassenärzte bei einer festgelegten Gruppe von Arzneiverschreibungen nur noch den Wirkstoff, dessen Stärke, Darreichungsform und Menge auf dem Rezeptformular vermerken. Der Apotheker, dem das Rezept vom Kassenpatienten vorgelegt wird, entscheidet dann – aufgrund seiner detaillierten Preiskenntnis –, welche Pillenschachtel als „wirtschaftliche Verordnung“ an den Patienten abzugeben ist.

Das Sitzmann-Programm ist bescheiden. Nur elf pharmazeutische Substanzen sollen in den Modellversuch einbezogen werden, die seit Jahrzehnten zum Standard-Repertoire der Ärzte gehören, wenn sie etwas gegen Herzweh und Alterszucker, Gicht und Rheuma, Kreislaufbeschwerden und Durchblutungsstörungen, Infektionen und schwache Nerven verschreiben.

Intellektuelle Mühsal sollte der Modellversuch keinem Kassenarzt bereiten, es sei denn, er hat noch immer nicht begriffen, daß die Valium-Pillen, die er seit Jahren seinen Patienten zur Nervenberuhigung verschreibt, an wirksamer Substanz nichts anderes enthalten als ein paar Milligramm Diazepam.

Einzusparen wäre vieles. Die Herzhilfe Acetyldigoxin haben 13 Hersteller im Programm. Die Pillen wirken alle gleich, aber sie können die Krankenkassen acht Pfennig pro Stück kosten, oder auch 22 Pfennig.

Den Wirkstoff Allopurinol verarbeiten 26 Arzneimittelfirmen zu Tabletten gegen Gicht, der Wirkmechanismus ist stets derselbe. Rezeptiert der Arzt preisbewußt, kostet die Kasse eine Allopurinol-Tablette 25 Pfennig. Mißachtet er seine gesetzliche Pflicht zur „wirtschaftlichen Verordnungsweise“, muß die Kasse bis zu einer Mark pro Pille zahlen. Das Chemotherapeutikum Trimethoprim variiert im Apothekenverkaufspreis zwischen 40 Pfennig und 1,10 Mark je Pille, der Nervendämpfer Diazepam zwischen 20 und 54 Pfennig je Einzeldosis.

Was wie Pfennigfuchserei anmutet, schlägt sich in den Büchern der Krankenkassen mit Millionenbeträgen nieder. Die 100-Stück-Packung Allopurinol beispielsweise ist bereits für 24,75 Mark zu haben – sie kann aber auch, als „Zyloric“ rezeptiert, 100,08 Mark kosten.

Würde insgesamt im Bundesgebiet nur bei den elf vom Sitzmann-Plan erfaßten Substanzen – nicht einmal drei Prozent aller in der Kassenpraxis eingesetzten Wirkstoffe – preisbewußt verordnet, würden die Krankenkassen pro Jahr rund 350 Millionen Mark einsparen, zum Nutzen der Beitragszahler.

Doch kaum hatte Sitzmann für seinen Plan der „Mitbestimmung des Apothekers“ einhellige Zustimmung auf dem letzten „Deutschen Apothekertag“ erreicht – „dieses Selbstbewußtsein braucht unser Stand“, frohlockte die „Deutsche Apotheker Zeitung“ –, legten sich Bayerns Kassenärzte quer.

Hans Joachim Sewering, Chef der Kassenärztlichen Vereinigung in Bayern, lehnte es kategorisch ab, „Kompetenzen auf die Apotheker zu übertragen“. Die „Arzneimittelauswahl“ sei ausschließlich „ärztlicher Auftrag“, Nichtmediziner hätten sich da nicht einzumischen. „Kassenärzte benötigen zur wirtschaftlichen Verordnungsweise keine zweite Instanz.“

Im übrigen, behauptete Sewering freiweg, „hat bisher noch keine Institution nachweisen können, daß preisgünstige Arzneimittel einer Wirkstoffgruppe genauso gut und sicher sind wie die teuersten“.

Der Berufspolitiker und Nichtpharmazeut Sewering irrt. Qualitätsvergleiche wirkstoffidentischer Arzneimittel verschiedener Hersteller gibt es längst. Sie werden regelmäßig durchgeführt. Das Zentrallaboratorium Deutscher Apotheker hat sogar den gesetzlichen Auftrag dazu.

Kassenverbandschef Sitzmann will daher „am Ball bleiben“. Er hält noch einen Trumpf in der Hand: Der Honorarvertrag für die Vergütung kassenärztlicher Leistungen läuft demnächst aus. Sitzmann: „Wenn die KV beim Kostendämpfen weiter stur bleibt, sind wir Kassen es beim Bezahlen auch, dann gibt's nicht nur keinen Pfennig mehr, dann gibt's weniger.“

Die marktwirtschaftlichste aller westeuropäischen Regierungen unter Maggie Thatcher freilich geht noch einen weit rigoroseren Weg zur Dämpfung der Pharmakosten: Die Gewinnspannen der Hersteller sind dort schon begrenzt, ebenso die Höhe des Werbeaufwands. Und vom kommenden April an sollen die Ärzte in Großbritannien für die Sozialversicherten nur noch jene Medikamente einer Gruppe verschreiben dürfen, die von der Regierung als preisgünstig anerkannt wurden.

SCHULEN

Nur Nothelfer

Wer in Hamburg keinen Ausbildungsplatz bekommt, soll künftig zwei Jahre länger zur Schule gehen.

Dem Hamburger Schulsenator Joist Grolle (SPD) ist etwas eingefallen, was ihm so „großartig“ vorkommt, daß er sich „wundern muß, daß da nicht jemand vorher drauf gekommen ist“.

Doch so originell, wie der sozialdemokratische Bildungsexperte vorgibt, ist der Einfall nun auch wieder nicht, er hat „nur eine Nothelferfunktion“ (Senat): Wer seine Schulpflicht erfüllt hat, aber

keine Lehrstelle findet, soll künftig weiter zur Schule gehen – ein 10. Jahr in einer allgemeinbildenden oder beruflichen Vollzeitschule, gegebenenfalls auch noch ein 11. Jahr in einer berufsbildenden Schule anhängen.

Grolles Programm, für das der Hamburger Senat 2,7 Millionen Mark ausgeben will, ist vornehmlich für jene gedacht, die bisher einmal in der Woche in sogenannten JoA-Klassen (Jugendliche ohne Ausbildungsplatz) unterrichtet werden und anschließend dennoch ohne Job dastehen. Es sind Jugendliche , die meist lustlos und auch nur sporadisch zum Berufsschulunterricht kommen, die nach drei Jahren ohne besondere berufliche Fertigkeiten entlassen werden, mit einer Zukunftsperspektive, die sie von vornherein zu Außenseitern macht.

Grolle hofft auf einen massiven Motivationsschub bei den „Durchhängern", weil sie die um zwei Jahre verlängerte Schulpflicht sinnvoll nutzen können. Ausgebildet wird „werkstatt- und praxisorientiert" in modern ausgestatteten Gewerbeschulen, mehr Betrieb als Schule. Eine zusätzliche Attraktivität versprechen sich die Hamburger von der Ausbildungsvergütung, die sie an lehrstellenlose Schüler zahlen wollen, monatlich rund 200 Mark.

„Ohne Kohle", hat der Senatsbevollmächtigte für den Ausbildungsmarkt, Ex-Senator Günter Apel, von Jugendlichen immer wieder gehört, sei eben „nichts los". Die Schüler meiden die Programme der beruflichen Schulen, weil sie schulmüde sind und keinen Pfennig Geld bekommen. „Drei, vier Jugendliche müssen wir anschreiben", klagt Horst Backes, kommissarischer Leiter der Hamburger Berufsberatung, „damit wenigstens einer kommt."

Hamburger Schulsenator Grolle
Programm für „Durchhänger"

„JoA"-Klasse in Hamburg: „Ohne Kohle nichts los"

Das soll nun anders werden. Die Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz erhalten einen Ausbildungsvertrag, eine Ausbildungsvergütung und nach weiterem zweijährigen Besuch der „Fachstufe" genannten überbetrieblichen Werkstätten, einen Gehilfen- oder Gesellenbrief, sofern sie sich erfolgreich den Prüfungskommissionen der Handels- oder Handwerkskammer gestellt haben. Rund tausend Schüler, schätzt Grolle, könnten pro Jahr untergebracht werden. „Wir verhindern damit", hofft der Senator, „daß sie als lebenslange Arbeitslose herumlaufen."

Dauerarbeitsplätze werden allerdings auch künftig schwer zu finden sein. Mit der Rationalisierungswelle in Büros, auf dem Bau oder im Hafenbetrieb sind die Jobs für Jungarbeiter rar geworden. Wurden vor zehn Jahren ungelernte Kräfte noch vom Bosporus herangekarrt, nimmt derzeit besonders die Arbeitslosigkeit der Hilfsarbeiter überproportional zu. „Die Arbeitslosen", so Backes, „kommen in der Regel aus ungelernten und angelernten Berufen."

Zwar werben die Hamburger mit dem staatlich garantierten Ausbildungsplatz und einem von den Kammern anerkannten Abschluß. Aber eine Garantie auf Festanstellung nach der Berufsausbildung liefert der Senat nicht, trotz Gesellenbrief und Arbeitstugenden wie Disziplin, Fleiß und Durchhaltevermögen. „Die vernünftigste Alternative", darin sind sich Arbeitsamt, Schulbehörde und der Senatsbeauftragte einig, „ist und bleibt die betriebliche Ausbildung" (Apel) – da gibt es nach wie vor die größte Chance auf Übernahme in ein festes Arbeitsverhältnis nach der Lehre.

Allein im Vorjahr blieben in Hamburg rund 2500 Jugendliche ohne Ausbildungsplatz, in diesem Jahr werden es kaum weniger sein. Auch deshalb plant Hamburgs Regierungschef Klaus von Dohnanyi, „die JoA-Klassen in den nächsten Jahren so zu reduzieren, daß ab 1987 kein Jugendlicher mehr in eine JoA-Klasse eintreten muß" – der geht dafür ins neue Pflichtschuljahr.

Mit Skepsis sehen freilich die Handels- und Handwerkskammern die Senatsaktivitäten. Sie fürchten um das „duale System von Lehrlingsausbildung in Betrieb *und* Schule". Doch Grolle beruhigt: „Ich bin ein dezidierter Anhänger des dualen Ausbildungssystems." Wenn die Notsituation mit den geburtenstarken Jahrgängen durchgestanden sei, soll das Bildungsprogramm wieder gestoppt werden. „Der Staat soll nicht Dinge machen, die die Wirtschaft besser kann."

Für eine andere bedrängte Gruppe, in der die Zahl der Beschäftigungslosen steigt, gibt es ohnehin keine Hoffnung. Zusätzliche Lehrer werden für die verlängerte Schulpflichtzeit nicht eingestellt.

VERKEHR

Für alle Welt

Das mittelalterliche Regensburg will ein neuartiges öffentliches Nahverkehrsmittel einführen – den U-Bus.

Fünf Jahre lang durchstöberten Verkehrsexperten aus Hamburg, Köln und München die 114 Hektar große Altstadt rund um den Regensburger Dom. Sie gelangten zu dem Ergebnis, die „mittelalterliche Straßen- und Gassenstruktur" sei „für die Benutzung mit Handkarren und Fuhrwerken sicher völlig ausreichend".

Die zweieinhalb Meter breiten und bis zu 18 Meter langen Gelenk-Omnibusse der städtischen Verkehrsbetriebe jedoch wirkten dort „so ähnlich wie ein Kolben in einem Zylinder" – die Fußgänger